

Wahl von Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Finanzgericht Bremen

Bremische Bürgerschaft

Drucksache: 21/1732 | Datum: 2026-04-08 | Fraktion(en): SPD, GRÜNE, LINKE | GWÖ-Score: 6.0/10

[+] Empfehlung: Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag im Überblick

Der Antrag regelt die Wahl von parlamentarischen Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl ehrenamtlicher Richter:innen am Finanzgericht Bremen.

- Benennung von Vertrauensleuten der drei Regierungsfractionen
- Stellvertretungsregelung für alle genannten Personen
- Dringlichkeitsantrag mit sofortiger Abstimmung

GWÖ-Treue

Score: 6.0/10

Begründung: Der Antrag betrifft die demokratische Mitbestimmung bei der Besetzung eines unabhängigen Gerichtsausschusses (Transparenz & Mitbestimmung, Wert 5) und stärkt die Rechtsstaatlichkeit durch ehrenamtliche Bürgerbeteiligung an der Justiz (Menschenwürde, Wert 1). Er berührt jedoch keine ökologischen, sozialen oder solidarischen Dimensionen direkt — weder in Beschaffung (A), Haushalt (B), Verwaltung (C) noch in Wirkung auf Bürger:innen (D) oder überregionale Verantwortung (E). Die fehlende Verknüpfung mit Gemeinwohl-Kriterien wie sozialer Gerechtigkeit oder Nachhaltigkeit begrenzt die GWÖ-Tiefe.

Schwerpunkte: C5, C1

Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

	1	2	3	4	5
A: Lieferant:innen					
B: Finanzen					
C: Führung/Verwaltung	++				++
D: Bürger:innen					
E: Gesellschaft/Natur					

Legende: ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

Berührte Themenfelder

- **C5:** Wahl von Vertrauensleuten durch Parlament für gerichtlichen Ausschuss [++]
- **C1:** Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz durch breite parlamentarische Vertretung [++]

Programmtreue

SPD (Antragsteller)

Wahlprogramm: 9.0/10 — Der Antrag entspricht vollständig dem SPD-Bremen-Wahlprogramm 2023, das Demokratie stärken und Rechtsstaatlichkeit durch transparente, partizipative Institutionen verankern will. Die Wahl von Vertrauensleuten für einen gerichtlichen Ausschuss ist ein konkreter Akt institutioneller Demokratieförderung.

Parteiprogramm: 8.0/10 — Das Hamburger Programm betont Demokratie als lebendigen Prozess und Rechtsstaatlichkeit als Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Die Einbindung gewählter Vertreter:innen in Justizorgane passt zum Prinzip des 'vorsorgenden Sozialstaats' und zur Stärkung demokratischer Kontrolle.

CDU

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

GRÜNE (Antragsteller)

Wahlprogramm: 9.0/10 — Der Antrag spiegelt die grüne Forderung nach einer weiterentwickelten, transparenten und partizipativen Parlamentsarbeit wider — insbesondere die Stärkung von Kontrollfunktionen und demokratischer Legitimation auch in Justizangelegenheiten.

Parteiprogramm: 8.0/10 — Das Grundsatzprogramm 2020 verankert Demokratie als lebendige, partizipative Praxis und betont die Notwendigkeit institutioneller Transparenz. Die Wahl von Vertrauensleuten für einen gerichtlichen Ausschuss entspricht diesem Verständnis von 'lebendiger Demokratie'.

LINKE (Antragsteller)

Wahlprogramm: 9.0/10 — Der Antrag korrespondiert mit der LINKE-Bremen-Forderung nach stärkerer Bürger*innenbeteiligung und Demokratisierung staatlicher Institutionen — insbesondere im Bereich Justiz und Verwaltung.

Parteiprogramm: 7.0/10 — Das Erfurter Programm betont Gewaltenteilung und Demokratisierung der Justiz. Die Einbindung parlamentarischer Vertrauensleute in den Richterwahlausschuss ist ein Schritt in diese Richtung — allerdings bleibt die Frage der direkten Bürger*innenbeteiligung (z. B. durch Bürger*innenräte) offen.

AfD

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

BiW

Wahlprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Parteiprogramm: 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Verbesserungsvorschläge

Original:

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Vertrauensleute für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Finanzgericht Bremen:

Vorschlag:

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Vertrauensleute **unter Berücksichtigung von Geschlechterparität, Diversität und gesellschaftlicher Vielfalt** für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Finanzgericht Bremen:

Stärkt die Werte Solidarität (Wert 2) und soziale Gerechtigkeit (Wert 4) durch explizite Inklusionsverpflichtung — bezieht sich auf Felder D2 und D4.

Original:

Von der Fraktion der SPD: Anneke Schmitt-Wenkebach ...

Vorschlag:

Von der Fraktion der SPD: Anneke Schmitt-Wenkebach **(mit Erfahrung in Steuerrecht und sozialer Gerechtigkeit)** ...

Verknüpft die personelle Wahl mit gemeinwohlorientierten Kompetenzen — stärkt die Relevanz für soziale Gerechtigkeit (Wert 4) und ökologische Nachhaltigkeit (Wert 3) im Finanzgerichtsalltag (Feld C4).

Zusammenfassung

Stärken

- Demokratische Legitimation der Justiz
- Parlamentarische Kontrolle
- Rechtsstaatliche Transparenz

Schwächen

- Keine Verbindung zu sozialen oder ökologischen Gemeinwohlzielen
- Keine Bürger*innenbeteiligung jenseits parlamentarischer Vertretung
- Keine Berücksichtigung von Diversität oder Inklusion im Text

Original-Antrag

Drucksache 21/1732

Wahl von Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen ·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Landtag

Drucksache 21/1732

21. Wahlperiode

8. April 2026

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke

Wahl von Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Finanzgericht Bremen

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Vertrauensleute für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Finanzgericht Bremen:

Von der Fraktion der SPD:

Anneke Schmitt-Wenkebach

Stellvertreter:in: Sebastian Sch mugler

Andrea Toense

Stellvertreter:in: Edith Wangenheim

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Marianne Müller-Warsewa

Stellvertreter:in: Anthrin Simon

Von der Fraktion Die Linke:

Christoph Höhl

Stellvertreter:in: Henrike Adebar

Dr. Hubertus Hess-Grunewald, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE

Anlage(n):

- keine